



HIDDEN EXTREMISM

Rechtsextreme Online-Ökosysteme erkennen und bekämpfen

Die deutschsprachige rechtsextreme Szene versucht seit einigen Jahren gezielt, gesellschaftliche Spaltungen zu vertiefen. Ihr Ziel ist es, radikale Ideologien in der Mainstream-Gesellschaft zu verankern und Unterstützung dafür zu gewinnen. Dazu setzt sie auf komplexe und manipulative Kommunikationsstrategien, insbesondere auf bevorzugten Social-Media-Plattformen wie TikTok, um eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Diese Aktivitäten werden durch ein weit verzweigtes und dezentrales Netzwerk auf verschiedenen Online-Plattformen verstärkt – mit messbarem Erfolg, wie die jüngsten Wahlergebnisse rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien zeigen.

Das RECO_DAR-Projekt („Rechtsextremistische Ökosysteme als Motor für Hassreden - Verbreitungs- und Rekrutierungsstrategien“) hat das deutschsprachige rechtsextreme Online-Ökosystem systematisch untersucht und dabei neue Strategien aufgedeckt, mit denen rechtsextreme Akteur*innen auf TikTok und anderen sozialen Medien gezielt ihre Reichweite ausbauen und neue Zielgruppen ansprechen. Die folgenden wissenschaftlichen Erkenntnisse und daraus abgeleiteten Empfehlungen bieten politischen Entscheidungsträger*innen, sozialen Medien sowie Fachkräften in der Sozial- und Jugendarbeit einen Überblick über diese Entwicklungen und mögliche Handlungsoptionen.

Wie werden TikTok und soziale Medien von der extremen Rechten genutzt?

TARNUNG DER TOXIZITÄT

Die extreme Rechte auf TikTok verbreitet ihre Narrative meist nicht offen gewalttätig oder hasserfüllt. Stattdessen setzt sie auf eine Mischung aus Videos, Symbolen und codierter Sprache, um (implizit) Hass und extremistische Botschaften subtil zu transportieren – ohne dabei sofort aufzufallen oder gemeldet zu werden. Dieses Vorgehen führt zu einer Form des „versteckten Extremismus“ (*hidden extremism*).

SPALTUNG DER GESELLSCHAFT MIT NEGATIVEN EMOTIONEN

Rechtsextreme schieben bestimmten Gruppen die Schuld an sozialen Problemen zu und stilisieren sie als akute Bedrohung, um Angst und Wut zu schüren sowie Handlungsbereitschaft zu fördern. Gleichzeitig konstruieren sie eine vermeintlich einheimische Identität, die angeblich durch eine ebenso künstlich geschaffene „progressive“ Identität gefährdet wird. Zu dieser zählen sie unter anderem Migrant*innen, „die Linken“, „die Grünen“, internationale und europäische Institutionen, LGBTQI+-Personen, Medien usw.

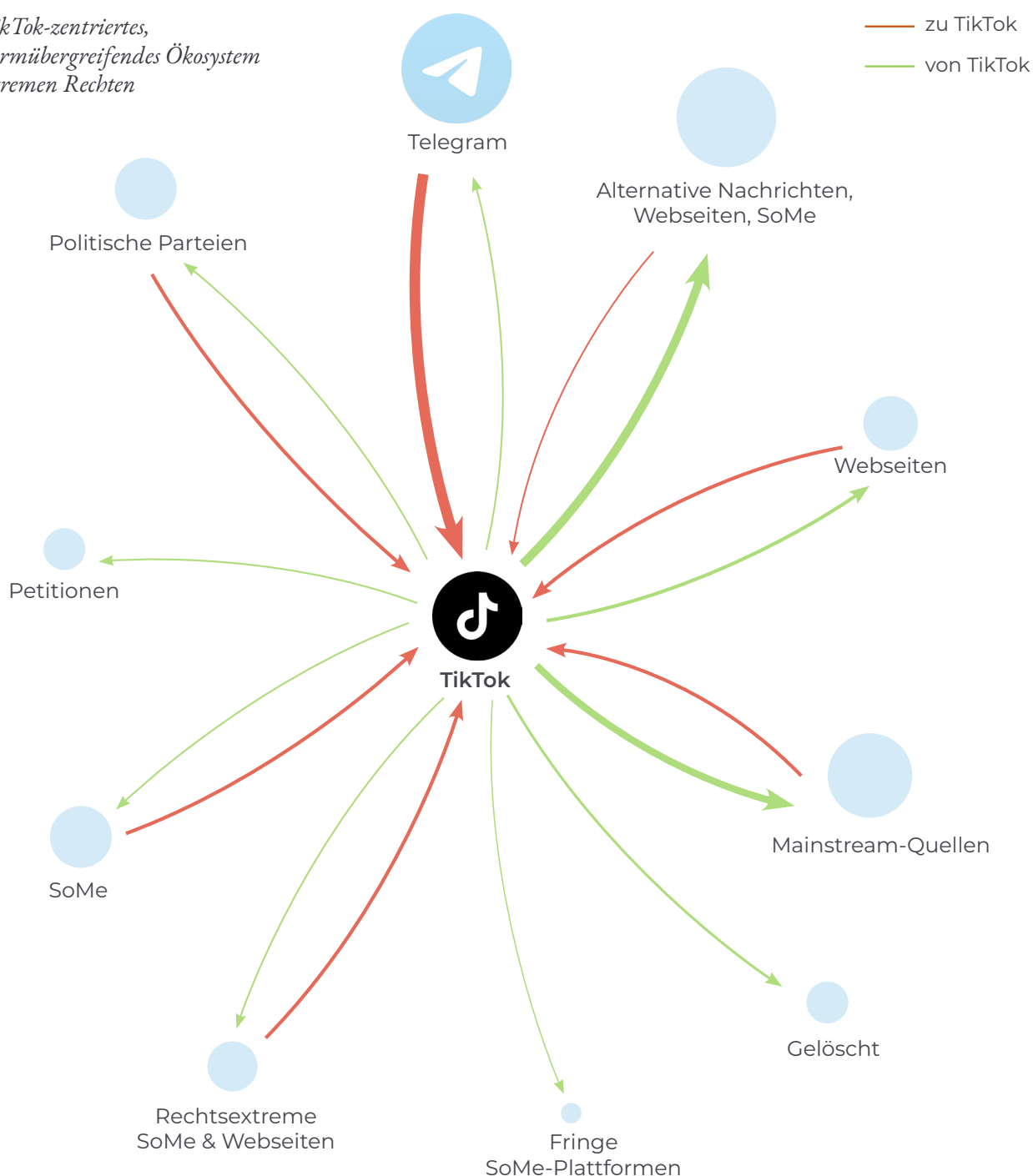
LEGITIMATION DURCH DESINFORMATION

Rechtsextreme steigern ihre Glaubwürdigkeit auf TikTok, indem sie auf „alternative“ Nachrichtenportale verlinken – scheinbar seriöse, aber unzuverlässige Webseiten, die Desinformationen verbreiten. Gleichzeitig untergraben sie das Vertrauen in etablierte Institutionen und Informationsquellen, indem sie diese als feindselig, unehrlich und gesellschaftsschädlich darstellen.

ERHÖHUNG DER REICHWEITE

Rechtsextreme koordinieren auf Plattformen wie Telegram gezielt Kampagnen, um ihre Inhalte auf TikTok sichtbarer und populärer zu machen. Diese plattformübergreifenden Netzwerke dienen auch dazu, die Reichweite von Back-up-Accounts zu steigern, wenn „Haupt-Accounts“ auf TikTok gesperrt wurden.

Ein TikTok-zentriertes, plattformübergreifendes Ökosystem der extremen Rechten



SCHWÄCHUNG DER DEMOKRATIE VON INNEN HERAUS

Durch geschickte Formulierung radikaler Narrative wirken rechtsextreme Ideen weniger extrem und erscheinen einem breiteren, moderaten Publikum als akzeptabler. Dies kann dazu führen, dass Zuschauer rechtsextreme Ansichten übernehmen, da Rechtsextreme reale Probleme übertrieben und als existenzielle Bedrohungen darstellen, um Schutzinstinkte zu aktivieren. Zudem profitieren sie von diesem Vorgehen bei Wahlen und in der politischen Gesetzgebung, indem sie Unterstützung für Maßnahmen gewinnen, die Demokratie und Menschenrechte einschränken – etwa die freie Berichterstattung durch unabhängige Medien, die Unabhängigkeit der Justiz oder die Gleichberechtigung religiöser und LGBTQI+-Minderheiten.

SCHAFFUNG ALTERNATIVER REALITÄTEN

Die gezielte Verbreitung irreführender Nachrichten über Links zu „alternativen“ Webseiten untergräbt das Vertrauen in seriöse Medien und demokratische Institutionen. Wenn Menschen nicht mehr wissen, welchen Informationen sie vertrauen können, und grundlegende Fakten nicht mehr als gemeinsame Grundlage dienen, wird es unmöglich, kollektive Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen zu finden.

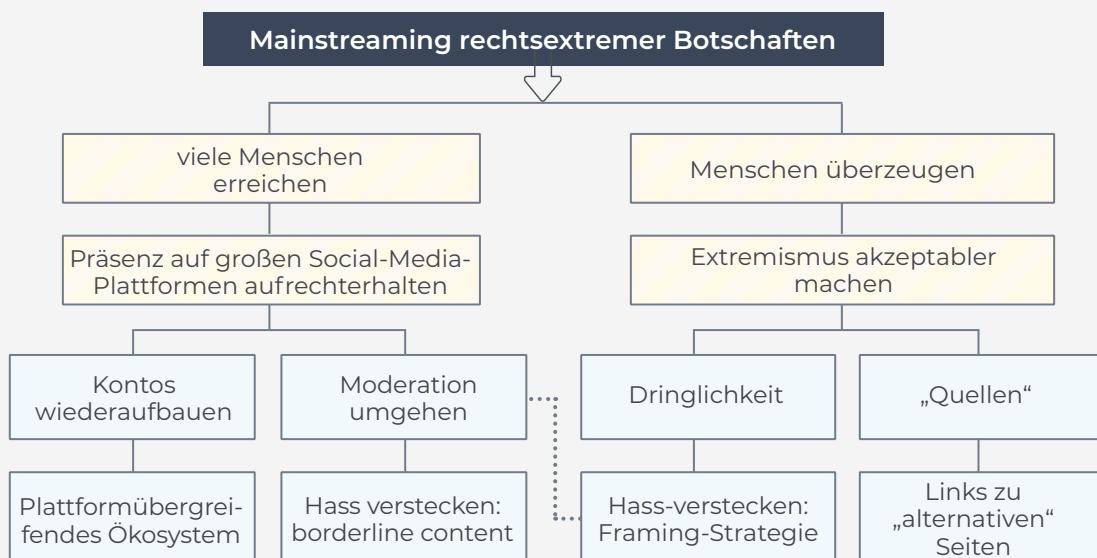
FÖRDERUNG VON PARALLELGESELLSCHAFTEN

Die Abwertung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen und staatlicher Institutionen durch rechtsextreme Narrative schafft ein Klima des Misstrauens, verstärkt Spannungen und vertieft gesellschaftliche Spaltungen. Dies schwächt den sozialen Zusammenhalt und kann Konflikte begünstigen. Langfristig haben polarisierte Gesellschaften zudem größere Schwierigkeiten, eine gemeinsame Vision für das Zusammenleben zu entwickeln und kollektive Probleme zu bewältigen.

BEEINFLUSSUNG DER MASSES DURCH UMGEHUNG VON MODERATION

Durch „versteckten Extremismus“ und plattformübergreifende Netzwerke gelingt es Rechtsextremen, trotz Verbreitung (implizit) hasserfüllter Inhalte auf großen Online-Plattformen aktiv zu bleiben und einschränkende Moderationsmaßnahmen durch die sozialen Medien selbst zu umgehen. Gleichzeitig verstärken plattformübergreifende Kampagnen ihre Reichweite und erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass Algorithmen ihre Beiträge neuen Nutzern vorschlagen. Dadurch werden rechtsextreme Botschaften einer breiten Öffentlichkeit zugänglich und entfalten eine größere Wirkung.

Der Ansatz zum Mainstreaming rechtsextremer Ideen im Internet





Angesichts der erheblichen Risiken, welche die Online-Aktivitäten der extremen Rechten für Demokratie und Menschenrechte darstellen, ist es entscheidend, dass relevante Akteur*innen gezielt gegensteuern. Im

Folgenden werden konkrete Handlungsempfehlungen vorgestellt – einschließlich potenzieller Risiken und damit verbundener Herausforderungen.

Optionen für soziale Medien

1. Um den ökosystemgetriebenen Strategien der extremen Rechten zur Aufrechterhaltung ihrer Konten entgegenzuwirken, sollten soziale Medien ihren Ansatz zur Inhaltsmoderation anpassen, indem sie verstärkt auf die Prävention von Umgehungsstrategien setzen. Bevor ein Konto sanktioniert wird, sollten (1) Back-up-Accounts vorab identifiziert und (2) bereits markierte Back-up-Accounts entfernt oder durch eine Reichweitenreduzierung („shadow ban“) eingeschränkt werden.

- **Umsetzung:** Back-up-Accounts können anhand nahezu identischer Benutzernamen erkannt werden, insbesondere wenn markierte Profile in Biografien, Bildunterschriften, Kommentaren oder Beiträgen erwähnt werden. Zusätzlich können Metadaten (z. B. IP-Adressen) genutzt werden, um solche Accounts frühzeitig zu identifizieren – eine Methode, die auch zur Aufdeckung von Bot-Netzwerken und staatlich gesponserten Desinformationskampagnen eingesetzt werden kann. Eine Verifizierung potenzieller Back-up-Accounts kann durch den Vergleich von Inhalten und Abonent*innen erfolgen.

- **Risiken:**

- Falsch positive Ergebnisse könnten zu Unzufriedenheit und Beschwerden bei Nutzer*innen führen. Eine Möglichkeit zur Anfechtung der Maßnahme sollte daher bereitgestellt werden.
- Die Maßnahme könnte Vorwürfe der Überwachung, Zensur oder übermäßigen Eingriffe nach sich ziehen, was rechtliche Konsequenzen im Hinblick auf die Meinungsfreiheit haben könnte. Um dieses Risiko zu minimieren, sollten Plattformen ihre Entscheidungen transparent begründen, etwa durch Verweise auf unabhängige Forschung.

- **Herausforderungen:**

- Die Identifizierung von Back-up-Accounts ist ressourcenintensiv und erfordert entweder hohes personelles Engagement oder erhebliche Investitionen in Forschung, Entwicklung und Rechenleistung für KI-gestützte Lösungen.
- Die Nutzung von Metadaten zur Aufdeckung von Back-up-Accounts kann leicht durch VPNs oder öffentliche Netzwerke umgangen werden und könnte zudem gegen die DSGVO verstoßen.

2. Um die Durchsetzung von Gemeinschaftsrichtlinien im Zusammenhang mit der Entfernung von implizitem Hass zu erleichtern, sollten soziale Medien mit Expert*innen zusammenarbeiten, um die Trainingsdatensätze für KI-Tools zu diversifizieren und regelmäßig zu aktualisieren.

- **Umsetzung:** Durch die Zusammenarbeit mit Extremismusforscher*innen und Vertreter*innen betroffener Gemeinschaften können Dog Whistles (verschlüsselte Botschaften für Eingeweihte), Codewörter und grenzwertige Inhalte in neuen Datensätzen annotiert werden.

- **Risiken:**

- Die Maßnahme könnte zu Vorwürfen von Zensur führen. Zur Risikominderung sollte das Ausmaß des Problems und dessen Schädlichkeit in einfacher Sprache und anhand konkreter Beispiele erklärt werden.
- Falsch positive Ergebnisse durch KI können zu Unzufriedenheit und Beschwerden bei Nutzern führen. Zur Risikominderung sollte ein Berufungsverfahren angeboten werden.



Optionen für soziale Medien

- Herausforderungen:
 - *Dog Whistles* verändern sich ständig, was ein kontinuierliches Monitoring und regelmäßige Updates der Datensätze erfordert – ein ressourcenintensiver Prozess.
 - Datenbias kann dazu führen, dass bestimmte Gruppen oder Religionen unverhältnismäßig betroffen sind.
 - Die kontinuierliche Erweiterung der Datensätze und das Training der KI stellen eine zusätzliche finanzielle Belastung dar.
- 3. **Um der ökosystemgetriebenen Desinformation und Propaganda der extremen Rechten entgegenzuwirken, sollten soziale Medien Mechanismen zur Überprüfung externer Links etablieren oder bestehende Mechanismen ausweiten, sodass auch URLs in Kommentaren, Bildunterschriften und Beiträgen überprüft werden. Nutzer sollen vor diesen Links gewarnt werden, wenn deren Inhalte gegen die Gemeinschaftsrichtlinien der jeweiligen Plattform verstoßen.**
 - **Umsetzung:** Durch Partnerschaften mit Fachexpert*innen aus den Bereichen Extremismus- und Desinformationsforschung kann eine Datenbank der häufigsten Webseiten erstellt werden, die zur Verbreitung extremistischer Ideen und Desinformation genutzt werden – einschließlich relevanter Indikatoren. Diese Indikatoren können zur Weiterentwicklung von KI-Modellen genutzt werden, um entsprechende Inhalte zu erkennen. Von der KI als problematisch markierte URLs sollten vor der Kennzeichnung durch menschliche Moderatorinnen überprüft werden. Priorität sollte dabei auf Links liegen, die mit bereits sanktionierten Konten oder Netzwerken in Verbindung stehen.
 - **Risiken:**
 - Die Maßnahme könnte zu Vorwürfen von übergriffiger Zensur und/oder politischer Voreingenommenheit führen.
 - Falsch positive Ergebnisse können in Nutzerunzufriedenheit und erheblichen wirtschaftlichen Verlusten resultieren, da Influencer*innen und Marken oft auf externe Links angewiesen sind. Zur Risikominderung sollten menschliche Überprüfungen und die Möglichkeit eines schnellen Berufungsverfahrens für Influencer*innen und Marken eingeführt werden.
 - Rechtliche Risiken durch mögliche Verletzungen der Meinungsfreiheit und des Handelsrechts müssen berücksichtigt werden.
 - Die Maßnahme könnte durch gesetzliche Einschränkungen im Bereich plattformübergreifendes Tracking, Datenscraping und Analyse beeinträchtigt werden.
 - **Herausforderungen:**
 - Warnungsetiketten können durch Verschleiertechniken wie URL-Shortener, QR-Codes und Leetspeak einfach umgangen werden.
 - Die automatische Erkennung von Links in Beiträgen für Screening ist ressourcenintensiv, da dies eine OCR (optische Zeichenerkennung) erfordert.
 - Erhebliche Rechen-, Betriebs- und finanzielle Ressourcen sind erforderlich, um die notwendigen Daten zu verarbeiten, ein KI-System zu trainieren und Mitarbeiter*innen bereitzustellen, welche markierte URLs überprüfen und Berufenungen bearbeiten.
 - Technische Herausforderungen beim Scraping von Daten sind angesichts der Vielzahl an Plattfortmtypen (z. B. Webseiten, andere soziale Medien) möglich bzw. erwartbar.



Optionen für soziale Medien

4. **Um die Bekämpfung der ökosystemgetriebenen Desinformations- und Propagandabemühungen der extremen Rechten effizienter zu gestalten, sollten soziale Medienplattformen Nutzer*innen die Möglichkeit bieten, externe Links zur Überprüfung zu melden.**
 - **Umsetzung:** Die bestehende Meldefunktion für Beiträge und Konten sollte um eine zusätzliche Option zur Meldung von URLs erweitert werden. Gemeldete Links könnten von KI auf offensichtliche Verstöße gegen Gemeinschaftsrichtlinien überprüft werden – beispielsweise auf die Gutheißung von Gewalt. Falls eine KI einen Link als potenziell problematisch markiert, sollte eine menschliche Überprüfung erfolgen, bevor eine Warnung für Nutzer*innen hinzugefügt wird.
 - **Risiken:**
 - Die Maßnahme könnte zu Vorwürfen von übergriffiger Zensur und/oder politischer Voreingenommenheit führen. Zur Risikominderung sollten regelmäßige Transparenzberichte eine Evaluierung dieser Maßnahme beinhalten.
 - Rechtliche Risiken im Hinblick auf Meinungsfreiheit und Handelsrecht sind zu berücksichtigen.
 - Gesetzliche Einschränkungen beim plattformübergreifenden Tracking, Datenscraping und der Datenanalyse könnten die Umsetzung erschweren.
 - Es besteht das Risiko, dass die Maßnahme durch Massenmeldungen missbraucht wird. Ein Monitoring des Meldeverhaltens sollte eingerichtet werden, um gezielten Missbrauch zu erkennen und zu sanktionieren.
 - **Herausforderungen:**
 - Erhebliche Rechen-, Betriebs- und finanzielle Ressourcen sind erforderlich, um URLs zu analysieren und zu überprüfen.
 - Technische Schwierigkeiten beim Scraping von Daten können auftreten, insbesondere durch die Vielfalt der Plattfortmtypen (z. B. Webseiten, andere soziale Medien).



Optionen für politische Entscheidungsträger*innen (EU)

- 1. Um den ökosystemgetriebenen Online-Strategien der extremen Rechten entgegenzuwirken, sollten politische Entscheidungsträger*innen die Einbindung von Bedrohungsanalysen zu plattformübergreifenden extremistischen Netzwerken und Propagandakampagnen in die Datenaustauschmechanismen des *Global Internet Forum to Counter Terrorism* (GIFCT) unterstützen.**
 - **Umsetzung:** Eine Plattform zur Verhinderung des Missbrauchs digitaler Plattformen durch Terrorist*innen und gewalttätige Extremist*innen existiert bereits (GIFCT). Der derzeitige Datenaustausch konzentriert sich jedoch hauptsächlich auf Inhalte, nicht auf Netzwerke. Die Datenaustauschmechanismen sollten um netzwerkbezogene Bedrohungsanalysen erweitert werden, z. B. zur Identifikation plattformübergreifender extremistischer Kampagnen.
 - **Risiken:**
 - Einige relevante Daten könnten sensibel sein und Geschäftsgeheimnisse oder Schwachstellen enthalten, was den Austausch für manche Plattformen unpraktikabel oder nachteilig macht.
 - Geteilte Daten könnten geleakt, missbraucht oder genutzt werden, um Konkurrent*innen zu schaden.
 - **Herausforderungen:**
 - Einschränkungen durch die DSGVO könnten die Weitergabe bestimmter Daten erschweren.
 - Plattformen könnten sich angesichts der Risiken ohne klare Anreize schwer zur Teilnahme motivieren lassen.
 - Die Maßnahme würde eine zusätzliche operationelle Belastung für das GIFCT darstellen.
 - Unterschiedliche technische Standards der Plattformen könnten den Austausch von Daten erschweren.
- 2. Um Back-up-Accounts und andere Account-Sicherungsstrategien der extremen Rechten proaktiv zu bekämpfen, sollten Politiker*innen Initiativen zum Wissensaustausch zwischen sozialen Medien über Content-Moderation unterstützen, z. B. TrustCon. Außerdem sollten sie die Forschung zu diesen Strategien fördern und den Austausch zwischen Plattformen und Expert*innen erleichtern.**
 - **Umsetzung:** Bestehende Initiativen sollten gestärkt und zusätzliche Anreize für soziale Medien geschaffen werden, um eine breitere Beteiligung zu fördern. Regierungsvertreter*innen könnten einbezogen werden, um Netzwerke aufzubauen, Herausforderungen zu diskutieren und öffentlich-private Partnerschaften zu initiieren.
 - **Risiken:**
 - Der Austausch von Lösungen und Technologien könnte Plattformen davon abhalten, „über den Tellerrand hinauszudenken“ und in eigene Innovationen für die Entwicklung von Moderationsmaßnahmen zu investieren. Zur Risikominderung sollten insbesondere nicht-proprietäre Themen wie Trends bei Moderationsumgehungsstrategien im Fokus stehen, zu denen auch Forscher*innen beitragen können.
 - **Herausforderungen:**
 - Patentierte Technologien und firmenspezifische Lösungen sind rechtlich geschützt und werden daher nicht uneingeschränkt geteilt.
 - Unterschiede zwischen Plattformen könnten dazu führen, dass Lösungen nicht übertragbar sind.
 - Die Entwicklung technologischer Lösungen ist kostenintensiv. Plattformen haben keinen Anreiz, ihre teuer entwickelten Maßnahmen mit Konkurrenten zu teilen, da sie selbst keinen direkten Nutzen daraus ziehen, während Mitbewerber profitieren würden.



Optionen für politische Entscheidungsträger*innen (EU)

3. Um die zeitnahe Entfernung von problematischen Inhalten zu erleichtern, sollten Politiker*innen den Digital Services Act (DSA) anpassen und verbindliche Richtlinien zur Vereinfachung von Meldeverfahren für digitale Dienstleister einführen, da die aktuellen Prozesse zu lang und kompliziert sind.
 - **Umsetzung:** Die Sprache des Meldeprozesses sollte mit der Hilfe von Linguist*innen, Kommunikationsexpert*innen und – bei Bedarf – Jugendlichen vereinfacht werden. Die vordefinierten Meldekategorien sollten reduziert werden. Zudem sollte der Prozess durch anschauliche Beispiele oder Tutorials verständlicher gestaltet werden. Auch KI könnte eingesetzt werden, um Nutzer*innen vorzuschlagen, welche Kategorie für ihren Meldungsfall am besten geeignet ist.
 - **Risiken:**
 - Eine Vereinfachung könnte zu einer Häufung ungenauer oder missbräuchlicher Meldungen führen, die Moderationskapazitäten überlasten.
 - **Herausforderungen:**
 - Die Balance zwischen Einfachheit und Präzision ist schwer herzustellen: Einerseits sollte eine klare Kategorisierung beibehalten werden, um die Bearbeitung von Meldungen effizienter zu gestalten. Andererseits sollten die Kategorien so vereinfacht werden, dass Nutzer*innen möglichst präzise Meldungen abgeben können.
4. Um die Bemühungen sozialer Medien zur Bekämpfung problematischer Inhalte zu stärken, sollten politische Entscheidungsträger*innen die Transparenzanforderungen im Rahmen des DSA verschärfen, indem Plattformen verpflichtet werden, ihre Maßnahmen gegen grenzwertige („borderline“) Inhalte und implizite Hassrede offenzulegen.
 - **Umsetzung:** Der DSA sollte durch eine Berichterstattungspflicht über die verwendeten Methoden für die Erkennung von impliziter Hassrede/„borderline“-Inhalte, Aufklärungsbemühungen für Nutzer*innen zu diesen Inhalten, Umfang und Art der erfassten problematischen Inhalte und die ergriffenen Maßnahmen gegen entsprechende Inhalte angepasst bzw. erweitert werden.
 - **Risiken:**
 - Die Maßnahme könnte eine erhebliche finanzielle und operative Belastung für Plattformen darstellen, insbesondere für kleinere Anbieter.
 - Offen gelegte Maßnahmen könnten von extremistischen Akteur*innen genutzt werden, um Moderationsmechanismen zu umgehen.
 - Transparenzberichte könnten von Konkurrent*innen oder Kritiker*innen instrumentalisiert werden, um öffentlichen Druck auf Plattformen auszuüben – sei es wegen zu lascher oder zu strenger Moderation.
 - **Herausforderungen:**
 - Die Definition von grenzwertigen Inhalten und impliziter Hassrede ist schwierig.
 - Es ist herausfordernd, die Balance zwischen öffentlicher Rechenschaftspflicht und dem Schutz sensibler Details zu finden, um eine Umgehung der Regeln durch Extremist*innen zu verhindern.



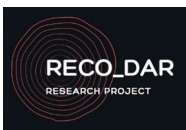
Optionen für Praktiker*innen

- Um die Auswirkungen problematischer Inhalte und identitätspolitischer Narrative zu begrenzen, sollten Praktiker*innen auf *Edutainment* (Bildungsunterhaltung) und faktenbasierte Inhalte setzen, die eine reflektierte Meinungsbildung fördern.**
 - **Umsetzung:** Junge Menschen sollten aktiv in die Erstellung zeitgemäßer, altersgerechter Formate eingebunden werden – etwa durch (animierte) Infografiken oder kurze Videos. Wichtig ist dabei, parteiische Darstellungen zu vermeiden. Der Fokus sollte darauf liegen, kritisches Denken auf Grundlage von Fakten zu stärken.
 - **Risiken:**
 - Die Maßnahme könnte zu Reaktanz führen. Wenn Inhalte als Bevormundung wahrgenommen werden, könnte sich dies als kontraproduktiv erweisen. Zur Risikominderung sollten Fakten sachlich präsentiert und eine parteiische Positionierung vermieden werden.
 - **Herausforderungen:**
 - Die Erstellung qualitativ hochwertiger Inhalte erfordert Schulungen, Fachwissen und kontinuierlichen Aufwand. Zudem muss ein Publikum aktiv aufgebaut und gehalten werden.
 - Inhalte zu ernstern Themen konkurrieren mit Influencer*innen und Unterhaltung, was die Aufmerksamkeitsspanne des Publikums begrenzen kann.
 - Die Balance zwischen einer zu simplifizierten, unterhaltungsorientierten Darstellung und einer zu komplexen Aufbereitung ernster Themen ist schwer zu finden.
- Um Gesellschaften widerstandsfähiger gegen identitätspolitische Narrative und grenzwertige Inhalte zu machen, sollten Praktiker*innen (z. B. Jugend- und Sozialarbeiter*innen, Lehrer*innen) gemeinsam mit Forscher*innen Monitoring-Projekte etablieren, um ein Frühwarnsystem zu schaffen. Diese Projekte sollten regelmäßig (z. B. wöchentlich) Briefings zu aktuellen Trends und Inhalten bereitstellen.**
 - **Umsetzung:** Um verfolgen zu können, welche Themen unter Jugendlichen diskutiert werden, sollte eine Zusammenarbeit zwischen Praktiker*innen und Expert*innen etabliert werden. Das Monitoring von Offline-Diskussionen und Online-Entwicklungen extremistischer Narrative soll es Praktiker*innen ermöglichen, auf dem neuesten Stand zu bleiben. Dazu sollten sie regelmäßig durch kurze, leicht verständliche Briefings informiert werden. Dabei sollten Beispiele bereitgestellt werden und aktuelle Themen und Dog Whistles, deren Kontext, Hintergründe, Auswirkungen sowie entsprechende Gegen-/Alternativen erläutert werden. Optional können auch regelmäßige Q&A-Sitzungen oder Ad-hoc-Beratungen angeboten werden.
 - **Risiken:**
 - Praktiker*innen könnten sich durch die zusätzlichen Informationen überfordert fühlen und Schwierigkeiten haben, sie in ihren bereits vollen Arbeitsalltag zu integrieren. Zur Risikominderung sollten gemeinsam mit Praktiker*innen Formate entwickelt werden, die für sie leicht verständlich und direkt anwendbar sind.
 - Die Maßnahme könnte Vorwürfe der Massenüberwachung hervorrufen, insbesondere wenn sie staatlich finanziert wird. Um diese Bedenken zu minimieren, sollten Transparenzberichte veröffentlicht werden, die Methoden, Ziele, Aktivitäten und ethische Leitlinien offenlegen.



Optionen für Praktiker*innen

- Herausforderungen:
 - Die Maßnahme benötigt finanzielle Unterstützung – in einer Zeit, in der öffentliche Mittel in der EU und vielen Staaten begrenzt sind.
 - Ein überregional durchgeführtes Monitoring könnte den lokalen Kontext nicht ausreichend berücksichtigen, wodurch die Relevanz der gewonnenen Erkenntnisse für einzelne Gemeinschaften eingeschränkt wäre.



Dieser Bericht wurde im Rahmen des EU-geförderten RECO_DAR-Projekts erstellt: Rechtsextreme Ökosysteme als Motor für Hassreden: Verbreitungs- und Rekrutierungsstrategien
RECO_DAR ist eine Zusammenarbeit der Organisationen SCENOR und modus|zad.
Weitere Informationen: <https://www.scenor.at/recodar>
Copyright © 2025, SCENOR, Wien, Österreich



Finanziert von
der Europäischen Union

Finanziert durch die Europäische Union. Die geäußerten Ansichten und Meinungen sind jedoch ausschließlich die der Autor*innen und spiegeln nicht notwendigerweise die der Europäischen Union oder der Europäischen Kommission wider. Weder die Europäische Union noch die fördernde Einrichtung können dafür verantwortlich gemacht werden.
Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht auf Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung. Kein Teil dieser Publikation darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie oder ein anderes Verfahren) reproduziert oder mithilfe elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden, ohne eine schriftliche Genehmigung von SCENOR. Das Urheberrecht für diese Publikation liegt bei SCENOR. Redaktionelle Beiträge, die namentlich gekennzeichnet sind, geben nicht notwendigerweise die Meinung des Herausgebers wieder.